

Wirtschaftsrat der CDU e.V. – Landesverband Hamburg

Vier-Punkte-Papier zur Entwicklung der Hamburger Fernwärmeversorgung

Vorbemerkung

Der Senat beabsichtigt gemäß seiner Koalitionsvereinbarung, bis 2020 seinen Beitrag zum nationalen Klimaziel von 40 Prozent CO₂-Reduktion zu leisten und seine Anstrengungen zu verstärken. Bis 2050 soll Hamburg die CO₂-Emissionen schrittweise um 80 Prozent reduzieren (bezogen auf das Basisjahr 1990). Klimaschutz wird beschrieben als Verpflichtung für die gesamte Stadt. Der Senat will die Energieeffizienz in Hamburg steigern, die städtischen Energienetze modernisieren und immer mehr Energie aus erneuerbaren Quellen nutzen. Die Koalition aus SPD und Grünen wird zudem die Zielsetzungen des Volksentscheids vom 22. September 2013 vollständig verwirklichen. Sie wird diesen Auftrag, unter Beteiligung von Öffentlichkeit und gesellschaftlichen Gruppen, wie im Beteiligungsprozess vorgesehen, weiter umsetzen sowie die Optionen zum Rückkauf des Gasnetzes und der Fernwärmeversorgung wahrnehmen, so der Koalitionsvertrag. Der Senat wird zudem die Fernwärmeversorgung ausbauen und modernisieren sowie den Umstieg auf klimaschonende Energien bei der Wärmeversorgung der Stadt vorantreiben. Außerdem kündigt der Senat an, eine Strategie für die Zukunft der Wärmeversorgung Hamburgs zu entwickeln, die die Öffnung der Wärmenetze für erneuerbare Wärmeerzeugung, eine dezentrale Einspeisung, sowie die Einspeisung und Nutzung von Abwärme technisch und rechtlich ermöglicht. *(Bezug: Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 21. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg)*

1. Der Wirtschaftsrat Hamburg fordert, dass auch bei der weiteren Entwicklung der Fernwärmeversorgung in Hamburg der energiewirtschaftliche Dreiklang strikt eingehalten wird, dass also sowohl die Zielsetzungen der Versorgungssicherheit, der Bezahlbarkeit für die Verbraucher und der Umweltverträglichkeit inkl. des Klimaschutzes gleichermaßen Berücksichtigung finden. Das gilt insbesondere für alle Überlegungen hinsichtlich einer Nachfolgelösung für das in die Jahre gekommene Heizkraftwerk in Wedel. Das alte Kohlekraftwerk Wedel versorgt in Hamburgs Westen ca. 140.000 Haushalte mit Wärme. Damit auch langfristig die Versorgungssicherheit im Sinne der Wärmekunden gewährleistet bleibt, muss rechtzeitig vor der Stilllegung des Kraftwerkes eine Nachfolgelösung in Betrieb genommen werden.



Der alternative Bau von Heizwerken und BHKW-Anlagen stellt zukunftsweisende und bewährte Technik dar, bei der keine Ausfälle beim Start befürchtet werden müssen. Bis zur Fertigstellung dieser alternativen neuen Anlagen kann für ein bis zwei Heizperioden die Wärmeversorgung über mobile Heizzentralen sichergestellt werden.

Wie auch immer die Kapazität der Wedeler Anlage in einem Fernwärmesystem der Zukunft ersetzt wird, das Erdgas-Heizwerk Haferweg mit 150 Megawatt, das zurzeit in Betrieb genommen wird, kann nur in einem schlüssigen Gesamtkonzept sowie als Spitzenlastanlage eingebunden werden. Ein permanenter Betrieb scheidet, unter anderem aus Kostengesichtspunkten, aus.

Als weitere Bausteine kommen Alternativen infrage wie beispielsweise mehrere dezentrale Blockheizkraftwerke mit großen Wärmespeichern in Verbindung mit Power-to-heat Anlagen, in denen überschüssiger Strom aus Windkraftanlagen für die Fernwärmeversorgung genutzt wird, wie es auch im Rahmen der Innovationsallianz NEW 4.0, einem Großprojekt zur nachhaltigen Energieversorgung in Hamburg und Schleswig-Holstein mit mehr als 50 Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik untersucht werden soll.

Der Gedanke einer Speicherung von so genanntem Überschussstrom spielte dafür auch schon bei den Überlegungen für ein GuD-Kraftwerk am Standort Wedel eine wichtige Rolle. Wichtig ist in jedem Fall, dass der Ausbau der Fernwärmeinfrastruktur langfristig abgestimmt wird.

Jede Nachfolgelösung für Wedel muss so konzipiert und fertiggestellt werden, dass sie mindestens eine komplette Heizperiode auf das alte Wedeler Kraftwerk als Redundanzkapazität für den Notfall zurückgreifen kann, bevor diese alte Anlage dann endgültig außer Betrieb geht. Die jetzt vorgesehenen Investitionen in die Ertüchtigung von Wedel sind vor dem Hintergrund der bereits beschlossenen Verschärfungen der Bundesimmissionschutzregeln, die 2016 und 2019 greifen, notwendig.

Die bisher geplante neue GuD-Anlage in Wedel hat bei den aktuellen Rahmenbedingungen auf den Strom- und Gasmärkten hingegen keinerlei Chance mehr auf Wirtschaftlichkeit. Sinnvoll ist sicherlich, die Sicherung von Brennstoffmengen fortzuführen, zudem behält die vorhandene (und beklagte) Baugenehmigung vorerst ihre Gültigkeit.

FORDERUNGEN DES WIRTSCHAFTSRATES

- Bei der weiteren Entwicklung der Fernwärmeversorgung in Hamburg muss der energiewirtschaftliche Dreiklang strikt eingehalten werden.
- Jede Nachfolgelösung für Wedel muss so konzipiert und fertiggestellt werden, dass sie mindestens eine komplette Heizperiode auf das alte Wedeler Kraftwerk als Redundanzkapazität für den Notfall zurückgreifen kann, sofern die noch nicht durch alternative BHKWs und Heizwerke abgedeckt ist.



2. Fernwärme wurde stets, auch bereits zu Zeiten der Hamburgischen Electricitäts-Werke HEW, als bei der Stromerzeugung anfallendes Nebenprodukt genutzt. Diese Art einer quasi „doppelten“ Ausnutzung der eingesetzten Energie war früher schon fortschrittlich, sie ist es auch heute. Es gibt allerdings in Hamburg bis auf wenige Ausnahmen keinen Anschlusszwang. Die Fernwärme stand und steht im Wettbewerb und muss sich behaupten, etwa gegen eine alternative Eigenversorgung durch Gasthermen in den Privathaushalten. Die Sicherstellung der Gasversorgung für Privathaushalte und Mietwohnungsbestand ist in fast allen Bereichen des Stadtgebiets schon jetzt kein großes Problem, ein Umstieg auf die eigene Gastherme somit eine realistische Option.

Klar ist zudem, dass die auch gesellschaftlich vielfach gewollte Erhöhung des Anteils an erneuerbarer Energie in der Fernwärmeversorgung nicht ohne eine Steigerung der Wärmepreise realisierbar ist. Daher fordert der Wirtschaftsrat Hamburg, dass die Wirtschaftlichkeit beachtet werden muss: Es kann nicht sein, dass die Fernwärmekunden einen überproportional hohen Anteil der Kosten für die Energiewende allein tragen.

FORDERUNG DES WIRTSCHAFTSRATES

- Wirtschaftlichkeit beachten: Die Modernisierung der Fernwärme-Erzeugung unter den eingangs genannten Rahmenbedingungen muss also mit Augenmaß erfolgen, um die Kostensteigerungen in Folge der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in vertretbaren Grenzen zu halten.

3. Das Steinkohlekraftwerk Moorburg wurde auf Wunsch der Freien und Hansestadt Hamburg auch als Ersatzkraftwerk für die in die Jahre gekommene Anlage in Wedel konzipiert. In Moorburg wird momentan ausschließlich Strom produziert. Das neue Kraftwerk sichert bereits heute entscheidend den Bedarf und die Grundlast des Hamburger Stromnetzes. Diese unverzichtbare Rolle für den Wirtschaftsstandort Hamburg wird sich in wenigen Jahren noch verstärken, wenn mit dem Kernkraftwerk Brokdorf das letzte große Kraftwerk an der Unterelbe vom Netz geht. Moorburg wird langfristig gebraucht, wenn hier nicht sprichwörtlich die Lichter ausgehen und Arbeitsplätze gefährdet werden sollen.



Heute wird die in Moorburg bei der industriellen Stromerzeugung anfallende Wärme ungenutzt in die Elbe oder in die Luft abgegeben. Das nützt der Umwelt nicht, sondern belastet sie. Zudem senkt es in unverantwortlicher Weise den Effizienzgrad der modernen Anlage. Jede zusätzliche Investition in ein eigentlich überflüssiges Wärmekraftwerk wäre außerdem durch die damit für die Fernwärmekunden anfallenden Kosten nicht zu rechtfertigen und würde die Wettbewerbsfähigkeit der Fernwärme belasten.



Die Nutzung der im Steinkohlekraftwerk Moorburg bei der Stromproduktion anfallenden Abwärme wird in der Freien und Hansestadt Hamburg wegen der CO₂-Emissionen des Kraftwerks politisch in Teilen abgelehnt. Da das Moorburger Kraftwerk stromgeführt betrieben wird – und damit unabhängig von allein auf die Freie und Hansestadt Hamburg bezogenen Klimaschutzzielen und Fernwärme-konzepten Strom produziert und ins Netz einspeist – ist eine pragmatische Betrachtung des Wärmepotentiales somit geboten statt eines rein ideologischen Blickwinkels. Das würde im Rahmen der sinnvollen Kraft-Wärme-Kopplung wenigstens die jetzt erzeugte Wärmemenge nutzbar machen.

FORDERUNG DES WIRTSCHAFTSRATES

- Ideologiefreie Prüfung der Nutzung der in Moorburg bei der industriellen Stromerzeugung anfallenden Wärme zur Fernwärmeversorgung.

4. Die Nutzung der industriellen CO₂-freien Abwärmepotentiale ist zu begrüßen. Dabei sind insbesondere Lösungen zu erarbeiten, die die hydraulische Einbindung dieser Wärme mit einem geeigneten Temperaturniveau als Grundlastwärme in das Fernwärmenetz technisch und wirtschaftlich ermöglicht und darüber hinaus bestehende und zukünftige Nahwärmenetze einbindet. Auch sind weitere Varianten zu prüfen. Bei allen Alternativen und Varianten muss die Erzeugung der Wärme mit der Wärmeabnahme sinnvoll in Einklang gebracht (Sommer-/Winterlast) und müssen geografische und hydraulische Erfordernisse beachtet werden. So kann nicht jede industriell anfallende Abwärme aus den vorgenannten Aspekten die heute in Wedel erzeugte Fernwärme ersetzen.

Die Fernwärmeauskopplung in Moorburg ist einer der wenigen Bereiche des Wärmemarktes, der aktuell dem zentralen klimapolitischen Instrument in Europa, dem CO₂-Emissionszertifikate Handel unterliegt. Wird Wärme stattdessen dezentral erzeugt, sinken zwar die Gesamtemissionen des Kohlekraftwerks. Damit sinkt aber auch die strom- und wärmebedingte Nachfrage nach Emissionszertifikaten und in der Folge tendenziell der Zertifikatepreis. Dies führt zu Mehremissionen anderswo in der deutschen oder europäischen Stromerzeugung, zusätzlich zu den Mehremissionen der dezentralen Wärmeerzeugung. Hier wäre es daher sinnvoll, das marktwirtschaftliche Instrument des Zertifikatehandels nicht durch Ordnungsrecht zu untergraben.



FORDERUNG DES WIRTSCHAFTSRATES

- Im Einklang mit geografischen und hydraulischen Erfordernissen sollten industrielle CO₂-freie Abwärmepotentiale für die Fernwärmeversorgung in Hamburg genutzt werden.

Fazit

Der Wirtschaftsrat Hamburg fordert, dass zeitnah gemeinschaftliche und möglichst marktwirtschaftliche Lösungen von Industrie, Energiewirtschaft, Wissenschaft und Politik erarbeitet und umgesetzt werden, die für Hamburg zukunftsfähig sind: Im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes, im Sinne von Versorgungssicherheit und Arbeitsplätzen in Hamburg und nicht zuletzt im Sinne der Fernwärmekunden, die einen Anspruch auf eine sichere wie bezahlbare Versorgung haben. Für diesen Dialog steht der Wirtschaftsrat mit seiner Expertise bereit.





Verantwortlich:

Hauke Harders, Landesgeschäftsführer

Ulf Gehrckens, Vorsitzender Landesfachkommission Energie- & Industriepolitik

Gestaltung und Abwicklung:

Christian Ströder, Referent für Wirtschaftspolitik

© Wirtschaftsrat, März 2016

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Landesverband Hamburg

Colonnaden 25, 20354 Hamburg

Telefon: 040 / 30 38 10 49

Telefax: 040 / 30 38 10 59

Internet: <http://hamburg.wirtschaftsrat.de>

E-Mail: lv-hh@wirtschaftsrat.de

Bildnachweis:

de.fotolia.com: © Ashkan Nasirkhani (S. 1), © Sven Petersen (S. 3)

